

**9.. Landesparteitag der Linkspartei.PDS
2. Tagung, 21./22. 10. 2006 in Schmalkalden**

Beschluss

**ZUR THÜRINGER BILDUNGSPOLITIK
HIER: SCHULGESETZ**

(Dieser Beschluss wurde durch die Delegierten der 2. Tagung des 9. Landesparteitages einstimmig gefasst.)

EIN NEUER AUFBRUCH IN EINER NEUEN SCHULE

Freier Zugang zu Wissen und Informationen, gerechte Bildungschancen und kulturelle Teilhabe gelten für die Linkspartei.PDS Thüringen als Menschenrechte. Deshalb fordern wir die Verwirklichung dieses Anspruchs für alle.

Es geht um eine demokratische, sozial gerechte und emanzipative Bildung für alle - von Anfang an und ein Leben lang.

Kritik der Föderalismusreform:

Das bundesrepublikanische Bildungssystem steckt in einer tiefen Krise. Belegt durch nationale Untersuchungen und internationale Vergleiche, ist Deutschland ein Land mit extrem großer Abhängigkeit des Bildungszugangs und des Bildungserfolgs von sozialer Herkunft.

Im jetzigen Schulbildungssystem werden bestehende soziale Ungleichheiten durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung reproduziert.

Die viel beschworene Mobilität und Flexibilität wird eingeschränkt durch die Auswüchse eines Wettbewerbsföderalismus, der in jedem Land unterschiedliche Lehrpläne, unterschiedliche Abschlüsse, unterschiedliche Lehrerausbildung, unterschiedliche Reaktionen auf internationale Studien kultiviert.

Die Föderalismusreform insbesondere im Bereich der Bildung führt zur weiteren Verfestigung der Kleinstaaterei. Erwartungen insbesondere der Menschen mit ostdeutschem Erfahrungshintergrund, dass sich eine Bildungsreform an europäischen Erfahrungen orientiert, verkrustete Strukturen überwindet und zu mehr Vergleichbarkeit der Bildungssysteme der 16 Bundesländer führt, haben sich nicht erfüllt.

Gerade deshalb muss sich nach Auffassung der Thüringer Linkspartei.PDS der Bund in Abstimmung mit den Ländern stärker bildungspolitisch engagieren, um in ganz Deutschland mehr Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit für alle im Bildungswesen zu gewährleisten.

Thüringen bildet keine Ausnahme:

Nach wie vor verlassen junge Menschen die Schule ohne Abschluss. Die Qualität der Abschlüsse wird beklagt. Motivation und Ausbildungsfähigkeit aller Schulabgänger werden zunehmend in

Zweifel gezogen. Der Anteil der Förderschüler ist mit 7 % der höchste im Bundesdurchschnitt. Gesundheitliche Probleme nehmen zu. Die Durchlässigkeit des gegliederten Systems ist in der Praxis kaum gegeben. Die soziale Selektion nimmt zu und ist nicht mehr hinnehmbar.

Die Linkspartei.PDS Thüringen tritt deshalb für eine grundlegende Veränderung des Bildungswesens ein und fordert eine sozial gerechte und demokratische Schulbildungsreform.

Sie legt einen **ENTWURF für ein ALTERNATIVES SCHULGESETZ** vor.

Er ist ein Diskussionsangebot, um mit allen an Bildung und Kultur interessierten Thüringerinnen und Thüringern in öffentlichen Veranstaltungen, Fachgesprächen und Anhörungen zu debattieren.

Acht Thesen für ein modernes Schulgesetz in Thüringen:

1. Die Schule des 21. Jahrhunderts ist eine allgemeinbildende Schule, in der das polytechnische Prinzip einen modernen praxisnahen Unterricht ermöglicht. Schule ist ein Ort von Bildung und Erziehung.
2. Das gegliederte Schulsystem wird überwunden, um in einer integrativen Schule für alle bis mindestens Klasse 8 individuelle Lernprozesse zu fördern und den eigenverantwortlichen Kenntniserwerb als Grundlage für ein lebensbegleitendes Lernen zu legen.
3. Statt Schüler zu selektieren und auf Förderschulen abzuschieben, muss deren Integration Vorrang haben. Besondere Förderung sowohl bei Behinderung und Lernproblemen als auch bei Hochbegabung gehört zur Normalität an jeder Schule. Das „Sitzenbleiben“ bei Leistungsmängeln ist überholt.
4. Bildungspolitik hat die Aufgabe, ein bedarfsdeckendes kostenloses Angebot von Ganztagsangeboten zu sichern. Kultureinrichtungen im Land Thüringen sind Bildungseinrichtungen und als solche kostenfrei für Schülerinnen und Schüler nutzbar zu machen. Lehrerinnen und Lehrer erhalten Unterstützung durch Fachkräfte aus dem pädagogischen, psychologischen, kulturellen und wirtschaftlichen Umfeld.
5. Die Schule muss ein offener Lern- und Lebensort für Kinder und Jugendliche sein, in der Kultur, soziale und emotionale Kompetenz und Demokratie unmittelbar erlern- und erlebbar sind. Interkulturelles Lernen gehört zur schulischen Normalität.
6. Bildungsangebote in Vorschule und Schule sind verpflichtend und kostenfrei. Das gilt sowohl für den Unterricht als auch für Lernmittel. Im vorschulischen und Grundschulbereich wird das Mittagessen ohne Elternzuzahlung angeboten. Gesunde Lebensweise schließt ein generelles Rauchverbot ein.
7. Die „Eigenverantwortliche Schule“ bezogen auf Qualitätsentwicklung, Personalentwicklung, Verwendung des Schuletats und konzeptionelle Entwicklung wird Realität. Schulkonferenzen erhalten verbindliche Mitentscheidungsrechte.
8. Eine gesetzlich festgeschriebene, frühzeitig ansetzende Berufsorientierung an Allgemeinbildenden Schulen unterstützt das polytechnische Prinzip und nimmt die Partner der beruflichen Ausbildung in Verantwortung. Das Berufsvorbereitungsjahr in seiner jetzigen Ausgestaltung wird nicht weitergeführt, Schulsozialarbeit an Berufsbildenden Schulen gesetzlich festgeschrieben. Im Interesse eines breiten Berufsausbildungsangebotes

wird die Schulnetzplanung im Berufsbildenden Bereich landesweit abgestimmt und koordiniert. Grundlage der beruflichen Ausbildung ist nach wie vor das duale System.

Praktische Schritte für den Weg zu einer NEUEN SCHULE:

Verantwortung auf Landesebene:

Der Bildungsbereich darf nicht weiterhin die Sparbüchse der Landesregierung sein. Die Linkspartei.PDS fordert die Umsetzung eines tatsächlichen Personalentwicklungskonzeptes, welches die Qualität der Bildung an Thüringer Schulen langfristig auf hohem Niveau sichert. Schulsozialarbeit ist landesweit und flächendeckend einzusetzen und mit einem ausreichenden Mittelansatz auszustatten.

Die Landtagsfraktion bringt entsprechende Anträge in die Haushaltsverhandlungen ein. Kindergarten- und Hortgebühren sind nicht mehr zeitgemäß. Gebühren für Lernmittel sind ungebührlich. Das Land übernimmt einen Teil der Zuschüsse für ein warmes Mittagessen. Eine Reform der Lehrerausbildung hin zur schulstufenbezogenen Ausbildung wird angestrebt.

Verantwortung der Kommunen/ Schulträger:

Die Überwindung der Trennung von Schulverwaltungs- und Schulämtern ist ein anzustrebender erster Schritt einer Kommunalisierung. Die Kommunalisierung von Horten oder Schulen wird derzeit sowohl aus pädagogisch inhaltlichen Gründen sowie fiskalischen Unwägbarkeiten abgelehnt.

Schulen müssen gerade im kleinteilig strukturierten Thüringen als kulturelle Mittelpunkte erhalten bleiben und können ein Mehr-Generationen-Lernen auch über den Unterricht hinaus ermöglichen. Enge Kooperationen im Sozialraum jeder Schule mit Vereinen und Trägern der Jugendhilfe sind anzustreben. Die Mittel für schulbezogene Jugendarbeit sind zweckgebunden als Ergänzung der Jugendpauschale an die Träger der Jugendhilfe auszugeben. Die Wirtschaftsunternehmen in den Regionen sind als verantwortliche und verantwortungsvolle Partner für den Bildungsprozess anzusprechen und einzubinden.

Gesund leben und lernen an Thüringer Schulen heißt auch, ein bezahlbares warmes Mittagsangebot zu sichern. Das Bildungsangebot an Thüringer Schulen soll an interessante sportliche und kulturelle Betätigungsmöglichkeiten auch außerhalb des Unterrichts angekoppelt werden.

Individuelle Verantwortung der am Bildungsprozess der Schulen Beteiligten:

Familien tragen besondere Verantwortung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Dabei gilt für die Thüringer Linkspartei.PDS ein moderner Familienbegriff, der das Zusammenleben von Erwachsenen mit Kindern in vielfältiger Form umschließt. Besonders in der Zeit zwischen Geburt und Schuleintritt werden wichtige Grundlagen für das weitere Leben gelegt. Die Familienoffensive der Landesregierung konterkariert diesen Anspruch. Für die PDS steht als eine erste Forderung die verpflichtende und kostenfreie Vorschule auf der Tagesordnung.

Schule soll von Kind aus neu gedacht werden. Eine neue Lehr- und Lernkultur muss gemeinsam erarbeitet werden. „Sitzenbleiben“ und Abschieben von Kindern mit Problemen in andere Schulformen ist keine Lösung. Im Gegenzug erhalten Pädagogen und Eltern professionelle Unterstützung bei der Erziehungsarbeit. An ganztägigen Bildungseinrichtungen muss nach Auffassung der Linkspartei.PDS über Präsenzzeiten der Pädagogen diskutiert werden. Darüber ist die Debatte mit den Tarifpartnern zu führen.

Investitionen in die Köpfe sind Investitionen in Zukunft:

Es bedarf einer breiten Thüringer Debatte, was ein Schulbildungssystem leisten kann und muss. Diese muss sich in die Diskussion um die Werte einer Gesellschaft eingliedern und die Frage beantworten, ob Bildung künftig ausschließlich den Verwertungsbedingungen des Marktes untergeordnet werden soll oder nicht vielmehr einen Wert an sich darstellt. Für die Linke bedeutet Bildung umfassende Teilhabemöglichkeit mündiger Bürger an ihrer Gesellschaft.